

PROTOKOLL

über die 3. Sitzung des **Beirates Huchting**,
am Montag, 18.04.2016, im Sitzungszimmer des
Ortsamtes Huchting, Franz-Löbert-Platz 1

Anwesend:	vom Ortsamt	Frau Yildirim, Herr Hobbiesiefken, Herr Schlesselmann
	vom Beirat	Frau Averwenser, Frau Batrakow, Frau Cikryt, Frau Kretschmann, Frau Werner, Herr Blanke, Herr Böse, Herr Bries, Herr Hamen, Herr Horn, Herr Krauskopf, Herr Krüger, Herr Rietz, Herr Sahin (zeitweise), Herr Siepker
	entschuldigt	Herr Golkontt
	Gast zu TOP 3	Herr Mang (Arbeit und Ökologie)

Die Sitzung wird um 19.00 Uhr mit der Begrüßung der Bürgerinnen und Bürger, der Gäste und der Mitglieder des Beirates eröffnet.

Die fristgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit werden festgestellt.

Herr Schlesselmann berichtet, dass Herr Axel Bodmann (Bü90/Grüne) aus dem Beirat Huchting zurückgetreten ist. Die Listennachfolgerin, Frau Renate Otto-Kleen, hat das Mandat im Beirat Huchting angenommen. Daher bittet er darum, die Tagesordnung um den TOP 1 „Verpflichtung eines Beiratsmitgliedes“ zu ergänzen.

Einstimmiger Beschluss: Die Tagesordnung wird um TOP 1 „Verpflichtung eines Beiratsmitgliedes“ ergänzt.

Herr Horn beantragt, TOP 5 „Freiluftpartygesetz – ausgeschlossene Örtlichkeiten“ abzusetzen, da der Beirat seiner Meinung nach nicht zuständig ist.

Herr Schlesselmann erinnert daran, dass hierzu eine konkrete Anfrage des Sportamtes vorliegt.

Der Beirat spricht sich dafür aus, den TOP nicht abzusetzen, sondern über das Freiluftpartygesetz zu debattieren.

Die um TOP 1 geänderte Tagesordnung wird verlesen und angenommen.

Tagesordnung

1. Verpflichtung eines Beiratsmitgliedes
2. Anfragen, Wünsche und Anregungen aus der Bevölkerung
3. „Arbeit und Ökologie“ im Bürger- und Sozialzentrum
4. Mittel für Haltestelle Bardenflethstraße
5. Freiluftpartygesetz – ausgeschlossene Örtlichkeiten
6. Änderung des Schuldatenschutzgesetzes
7. Verschiedenes

Top 1 Verpflichtung eines Beiratsmitgliedes

Herr Schlesselmann begrüßt Frau Otto-Kleen als neues Beiratsmitglied. Er verliest den Text über die Verpflichtung zur gewissenhaften Tätigkeit und besonders zur Verschwiegenheit. Eine Ausfertigung des Textes einschließlich der darin zitierten Paragraphen des StGB und des Bremischen Datenschutzgesetzes wird von Frau Otto-Kleen unterschrieben. Sie erhält eine Kopie der Verpflichtungserklärung für ihre Unterlagen.

Der Beirat Huchting begrüßt Frau Renate Otto-Kleen als neues Beiratsmitglied für die Fraktion Bü90/Die Grünen.

TOP 2 Anfragen, Wünsche und Anregungen aus der Bevölkerung

Aus dem Publikum wird berichtet, dass es in der Bild-Zeitung Artikel über Deutschlands schlimmste Quartiere gegeben hat, in dem unter anderem Huchting genannt wird. Es wird sich erkundigt, was der Beirat dagegen tun will.

Der Vorschlag, eine Gegendarstellung zu verfassen, wird abgelehnt, da so der Artikel nur noch mehr Aufmerksamkeit bekommen und das besagte Blatt diese Gegendarstellung sehr wahrscheinlich nicht drucken würde.

Es wird vorgeschlagen, dass der Beirat einen offenen Brief mit der Darstellung des Stadtteils verfasst, welcher der örtlichen Presse geschickt werden soll.

Abstimmung: Für den offenen Brief sprechen sich 14 Beiratsmitglieder aus, 2 sind dagegen.

Beschluss: Der Beirat Huchting wird einen offenen Brief verfassen, welcher an die örtliche Presse geschickt werden soll.

Herr Bries wird einen Vorschlag an das Ortsamt schicken, welches diesen an die Mitglieder des Beirates zur Abstimmung per Mail weiterleiten wird.

TOP 3 „Arbeit und Ökologie“ im Bürger- und Sozialzentrum

In einem Schreiben, das allen Beiratsmitgliedern zugegangen ist, bittet Arbeit und Ökologie (A&Ö) den Beirat, bei den Ressorts dafür zu werben, dass A&Ö weiterhin seine Räumlichkeiten auf dem Gelände des Bürger- und Sozialzentrums (bus) behalten kann und dass sich ein Ressort dazu bereiterklärt, als Bedarfsträger aufzutreten.

Herr Mang, Vorsitzender von A&Ö, schildert die Situation.

Es wurde in den letzten Jahren viel dafür getan, dass das bus saniert wird. Im geplanten Neubau ist A&Ö nicht vorgesehen. Die Werkstatt und das Büro von A&Ö sollen nicht mehr, wie in der 1. Kostenaufstellung, auf dem Gelände des bus Berücksichtigung finden. Eine Übergangslösung während der Bauphase ist ebenfalls nicht finanziert. Laut Immobilien Bremen (IB) stehen Mittel für eine Zwischenlösung zur Verfügung, A&Ö müsste sich um einen Ersatzbau kümmern, dessen Finanzierung gesichert ist. Das Problem hierbei ist, dass Immobilien Bremen einen Mietvertrag über 10 Jahre abschließen will. A&Ö ist eine gemeinnützige GmbH und hat keinen zugeordneten Bedarfsträger ist und von kurzen Förderrhythmen von EU und Bund abhängig. Aufgrund dieser zeitlich befristeten Finanzierungsformen kann A&Ö keine langfristigen Verträge eingehen bzw. entsprechende Sicherheiten bieten.

Herr Mang bittet den Beirat, ein Zeichen an die Verwaltung zu senden, dass A&Ö im Stadtteil und darüber hinaus als tragende Säule in Bezug auf die konzeptionelle Integration und Inklusion gebraucht wird. Um die Zukunft zu sichern, muss A&Ö räumlich in das neue bus eingegliedert werden. Hierzu benötigt A&Ö nunmehr aufgrund der besonderen Rahmenbe-

dingungen und der zeitlich befristeten Finanzierungen ein Ressort, welches als Gewährsträger fungiert.

Aus dem Beirat wird sich erkundigt, ob A&Ö nicht im Gebäude H des bus unterkommen kann und warum man sich erst so spät mit der Problematik an den Beirat wendet.

Herr Mang erklärt, dass A&Ö eigentlich im Gebäude E angedacht war. Außerdem wollte das Finanzressort prüfen, ob nicht ein Bedarfsträger gefunden werden kann. Nun hat man dort scheinbar kalte Füße bekommen.

Das Gebäude H muss dem Neubau des bus weichen und ist außerdem baufällig.

Aus dem Beirat wird ergänzt, dass A&Ö ein projektgeförderter Beschäftigungsträger ist. Bremen fördert so etwas nicht mehr, nur vom Bund kommen noch Gelder. Es gefragt, ob A&Ö auf dem Gelände des bus verbleiben muss oder ob nicht ein anderer Standort denkbar wäre.

Herr Mang meint, über einen anderen Standort wurde nicht nachgedacht, da sich beim bus die Arbeitsflächen und Lehrgärten von A&Ö befinden. Wichtig ist erst einmal, dass für A&Ö eine Übergangslösung während der Bauphase gefunden wird. Es wird ein Votum pro A&Ö benötigt.

Aus dem Beirat wird gesagt, dass A&Ö sehr wichtig für den Stadtteil ist und daher unbedingt unterstützt werden muss. Die Entscheidungsträger (Immobilien Bremen und die Senatorin für Finanzen) sollen zu einer Beiratssitzung geladen und aufgefordert werden, eine Stellungnahme abzugeben.

Es wird ein Antrag zur Geschäftsordnung auf Schluss der Rednerliste gestellt.

Einstimmiger Beschluss: Die Rednerliste wird geschlossen.

Das Ortsamt Huchting wird einen Beschlussvorschlag erarbeiten, in dem der Erhalt von A&Ö gefordert wird und ihn an alle Beiratsmitglieder verschicken. Der Beschluss wird im Umlaufverfahren per Email abgestimmt.

Einstimmiger Beschluss (bei einer Nichtteilnahme): Dem Verfahren wird zugestimmt.

Herr Blanke weist darauf hin, dass es formell falsch war, die Rednerliste zu schließen und die auf der Rednerliste Stehenden nicht mehr zu Wort kommen zu lassen. Weil er nicht mehr die Gelegenheit bekommen hat, etwas zu sagen, hat er an der Abstimmung nicht teilgenommen. Da nun das Verfahren bereits beschlossen ist, verzichtet er darauf, noch etwas zu sagen.

TOP 4 Mittel für Haltestelle Bardenflethstraße

Der Beirat Huchting hat mit Beschluss vom 14.12.2015 den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr aufgefordert, eine Haushaltsstelle für die Sanierung der Haltestelle Bardenflethstraße mit einem Volum von 6 Millionen Euro einzurichten.

Die Einrichtung einer solchen Haushaltsstelle wurde vom Senator abgelehnt.

Aus dem Beirat wird erklärt, dass die Haltestelle dreckig und dunkel und den Bürgerinnen und Bürgern nicht zuzumuten ist. Wenn der ÖPNV attraktiv sein soll, müssen die Haltestellen ansprechend und vor allem auch barrierefrei sein. Als besonderes Problem wird es auch gesehen, dass der Tunnel nicht lichtdurchlässig ist. Es wird daher vorgeschlagen, einfach nicht benötigte Betondecken entfernen zu lassen.

Beide Baumängel sind nicht voneinander zu trennen.

Zweckmäßig könnte auch eine Ortsbegehung mit dem Senator für Umwelt, Bau und Verkehr sein, damit das Ressorts darstellt, was zur Verbesserung möglich ist und man vor Ort gemeinsam Lösungen finden kann.

Da die Haltestellen wegen der extremen Steigung der Rampen nur schwer mit einem Rollstuhl erreicht werden können, sollte der Landesbehindertenbeauftragte dazu eingeladen werden.

Um von einer Seite zur anderen zu kommen, müssen in der Beweglichkeit eingeschränkte Personen 1 Km Weg überwinden. Das Schließen der Haltestellen könnte als Druckmittel genutzt werden.

Eine Bürgerin informiert darüber, dass es bereits eine Begehung mit dem Landesbehindertenbeauftragten gab. Dabei wurde festgestellt, dass Rollstuhlfahrer die Rampen ohne fremde Hilfe nicht hochkommen, da sie zu steil sind. Der Tunnel ist ein Angstraum, es gibt dort eine schlechte Beleuchtung und man ist „eingemauert“. Wenn der Fahrstuhl an der Norderländer Straße defekt ist, können in der Beweglichkeit eingeschränkte Menschen in Grolland die Bahnen nicht erreichen.

Es wird ein Antrag zur Geschäftsordnung auf Schluss der Rednerliste gestellt.

Einstimmiger Beschluss: Die Rednerliste wird geschlossen.

Ein Bürger meint, dass es ja viele Treppen und Rampen gibt. Die Rampe stadteinwärts ist jedoch viel zu eng und kann daher nicht durch Rollstuhlfahrer genutzt werden.

Einstimmiger Beschluss: Der Beirat Huchting widerspricht der Ablehnung der Einrichtung einer Haushaltsstelle für die Haltestelle Bardenflethstraße. Der Landesbehindertenbeauftragte und die zuständigen Mitarbeiter des Senators für Umwelt Bau und Verkehr sollen zu einer Sitzung mit vorhergehender Ortsbegehung eingeladen werden.

TOP 4 Freiluftpartygesetz – ausgeschlossene Örtlichkeiten

Vom Sportamt wird die Anfrage gestellt, ob der Sodenmattsee im Sinne des neuen Freiluftpartygesetzes als Ort für eine Freiluftparty vom Beirat ausgeschlossen werden soll. Darüber hinaus kann der Beirat überlegen, welche öffentlichen Flächen er außerdem von vornherein als Partyfläche ausschließen will.

Herr Horn stellt einen Antrag auf Nichtbefassung, da seiner Meinung nach die Zuständigkeit des Beirates nicht gegeben ist und Orte nicht vorab ausgeschlossen werden sollten.

Abstimmung: 1 Beiratsmitglied stimmt für die Nichtbefassung, 15 Beiratsmitglieder stimmen für eine Befassung mit dem Thema.

Beschluss: Der Antrag auf Nichtbefassung wird abgelehnt.

Aus dem Beirat wird darauf hingewiesen, dass sich an dem Gesetz noch etwas geändert und erst einmal abgewartet werden soll.

Herr Senkal weist darauf hin, dass das Schreiben des Sportamtes ein „Schnellschuss“ war. Es ist der Meinung, dass Flächen nicht von vornherein ausgeschlossen werden sollen. Es gibt immer eine verantwortliche Person für die Partys. Diese meldet die Party beim Stadtamt an und dieses wendet sich dann an das Ortsamt. Solange der Beirat keinen Beschluss zu der Anfrage gefasst hat, wird auch keine Party stattfinden. Der Antragssteller muss warten, bis eine Genehmigung vorliegt.

Herr Schlesselmann gibt zu bedenken, dass das Gesetz im März beschlossen wurde und daher Änderungen nicht realistisch sind. Er bemängelt, dass das ihm vorliegende Gesetz ein genaues Verfahren definiert und der Beirat lediglich vom Stadtamt informiert wird, wenn ein Antrag auf eine Freiluftparty gestellt wird. Ein Veto ist dann in der Regel schon wegen der Kürze der Zeit gar nicht mehr möglich. Daher muss der Beirat schon vorab Fläche benennen, die ausgeschlossen werden sollen.

Da die Rechtslage nicht klar ist wird vorgeschlagen, den Tagesordnungspunkt zu vertagen.

Abstimmung: 13 Beiratsmitglieder stimmen für eine Vertagung des TOP, 3 stimmen dagegen.

Beschluss: Der TOP wird vertagt.

Es wird ein Antrag zur Geschäftsordnung auf Begrenzung der Redezeit gestellt. Herr Schlesselmann schlägt eine Begrenzung auf 2 Minuten vor.

Abstimmung: 10 Stimmen für eine Begrenzung der Redezeit bei 6 Enthaltungen.

Einstimmiger Beschluss: Die Redezeit wird auf 2 Minuten begrenzt.

TOP 5 Änderung des Schuldatenschutzgesetzes

Aus dem Beirat wird bemängelt, dass die betroffenen Schülerinnen und Schüler kein Mitspracherecht haben, an wen und welche Daten über sie weitergegeben werden. Die Datenschutzbeauftragte soll zu dem Gesetzesentwurf eine Stellungnahme abgeben.

Ein anderes Beiratsmitglied findet, dass die datenschutzrechtlichen Bestimmungen eingehalten werden. Es ist gut, wenn sich die Berufsagentur um die Jugendlichen kümmert, welche die Schule verlassen und noch nicht mit einem Ausbildungsplatz etc. versorgt sind. Viele 18–25-jährige laufen Gefahr, durch das Raster zu fallen und schon in jungen Jahren in der Arbeitslosigkeit zu enden. Besonders bei jungen Müttern ist die Gefahr sehr hoch, dass sie ohne Schulabschluss und Ausbildung „verschwinden“.

Ohne eine Datenübermittlung der Schulen an die Berufsagenturen sind diese jungen Erwachsenen nicht bekannt. Laut der Gesetzesvorlage muss die Einwilligung der Betroffenen vorliegen, wenn ihre Daten weitergegeben werden sollen. Interessant wäre es zu erfahren, wohin die Daten übermittelt werden und wer „Dritte“ sind, welche die betroffenen Personen aufsuchen sollen können.

Es wird vorgeschlagen, eine Stellungnahme der Datenschutzbeauftragten zu Paragraph 14a anzufordern. Paragraph 13a wird als unkritisch eingestuft.

Außerdem soll gefragt werden, ob die Meldebehörde nicht im Auftrag für die Berufsagentur die Schüler anschreiben kann. So würden die Daten der Schüler nicht an Dritte weitergegeben.

Einstimmiger Beschluss:

- 1. Der Beirat bittet zunächst um Stellungnahme der Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit zu dem vorliegenden Entwurf des neuen § 14 a BremSchulDSG (Art. 1 Nr. 13. des Änderungsgesetzes). Eine Zustimmung kann vorab nicht erteilt werden.**
- 2. Zudem regt der Stadtteilbeirat an, Daten im Rahmen der Datenverarbeitung und des Datenaustauschs ausschließlich anonymisiert zu übermitteln.**
- 3. Den übrigen Änderungen des Gesetzesentwurfs Art. 1 Nr. 1. bis Art. 1 Nr. 12. stimmt der Beirat zu.**

TOP 6 Verschiedenes

a. Helferinnen und Helfer aus dem Beirat für die Jugendbeiratswahl

Es wird eine Liste herumgegeben, in die sich die Beiratsmitglieder als Wahlhelfer bei der Jugendbeiratswahl eintragen sollen.

b. Aufstellen von „Beiratsbänken“ im Stadtteil

Herr Bries informiert, dass es am 23.04.2016 um 11.00 Uhr eine Fahrradtour mit der Huchtinger Bevölkerung geben wird, bei der nach geeigneten Orten auf öffentlichem Grund für die Aufstellung der vier vom Beirat finanzierten Bänke inklusive Mülleimer gesucht wird.

c. Vor den Seeländen

Es wird darauf hingewiesen, dass die Straße Vor den Seeländen bei Staus als Schleichweg vom Ortkampsweg zum Wardamm genutzt wird und dort außerdem Müll entsorgt wird.

Es wird vorgeschlagen, an den Zufahrten einen abschließbaren Pfeiler aufzustellen.

Der Vorschlag wird verworfen, da viele Leute in Besitz eines dazu passenden Schlüssels sind und das Befahren so nicht ausgeschlossen werden kann.

Ende der Sitzung: 21.15 Uhr

Beiratssprecher
gez. Herr Bries

Sitzungsleiter
gez. Herr Schlesselmann

Protokoll
gez. Herr Hobbiesiefken